

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Mysteriöses aus Moskau

Angebliche Attentatspläne gegen den japanischen Botschafter Die Aussagen eines Angestellten des Verkehrskommissariats

Die sowjetrussische Darstellung

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion berichtet über einen seltsamen Fall angeblicher Agitation für ein Attentat gegen den japanischen Botschafter in Moskau durch ein Mitglied einer ausländischen Gesandtschaft.

In dem Bericht der Telegraphenagentur der Sowjetunion heißt es, der Angestellte G. des Verkehrskommissariats habe an das Kollegium der staatlichen politischen Verwaltung eine Eingabe gerichtet, in der er mitteilte, seit drei Jahren sei er mit einem Mitglied einer ausländischen Gesandtschaft in Moskau bekannt. Er habe diese Bekanntschaft ursprünglich auf dem Boden gemeinsamen Interesses für Antiquitäten unterhalten. Dann aber habe das Mitglied der ausländischen Gesandtschaft von G. Angaben über den Zustand der Eisenbahnen der Sowjetunion verlangt, u. a. über den Bau neuer Eisenbahnstrecken. Anfang Dezember hätten die Unterhaltungen sich ausschließlich um die Frage der Geschwinde in der Mandschurei zu drehen begonnen. In einer dieser Unterredungen sei ihm, G., die Andeutung gemacht worden, daß,

„wenn in Moskau ein Attentat auf den japanischen Botschafter in der Sowjetunion erfolgte, dadurch der Krieg zwischen der Sowjetunion und Japan hervorgerufen würde.“

Da er (G.) vorerst auf diese Andeutung nicht

reagierte, habe das Mitglied der ausländischen Gesandtschaft nach einigen Tagen das Gespräch über den Konflikt im Fernen Osten wieder aufgenommen und hierauf G. zu einem Attentat zu überreden gesucht, indem es ausführte, das Attentat auf den japanischen Botschafter wäre eine große Tat, und könne diese ruhig auf sich nehmen. Bei den nächsten Zusammenkünften habe das Mitglied der ausländischen Gesandtschaft „eindringlich erläutert, daß dieses Attentat unbedingt ausgeführt werden müsse und daß es rein demonstrativer Natur sein würde.“ Er habe weiter erklärt, es handle sich nicht darum, den Botschafter unbedingt zu ermorden, vielmehr „würden zwei Kugeln aus einem verrosteten Revolver in die Scheiben des Botschafterautomobils in den Straßen Moskaus genügen.“

Angesichts der Beharrlichkeit, die das Mitglied der ausländischen Gesandtschaft in dieser Frage an den Tag legte, habe G. begriffen, was für ein abenteuerlicher Anschlag gegen die Sowjetunion angezettelt werden solle und für welche sonderbare Rolle eines Kriegsprovokateurs ihn sein Bekannter benutzen wolle. In Anbetracht dessen — so erklärt G. — habe er beschlossen, der staatlichen politischen Verwaltung von den Vorgängen Kenntnis zu geben.

Das Volkskommissariat für äußere Angelegenheiten habe nach Empfang der Mitteilung

und nach Prüfung gewisser in der Eingabe des G. enthaltenen Angaben an den Leiter der betreffenden Gesandtschaft die Forderung gerichtet, daß sein in der Eingabe genannter Mitarbeiter binnen kürzester Frist aus der Sowjetunion abberufen werde, sofern er die diplomatische Immunität genieße und daher nicht vor ein Gericht der Sowjetunion gestellt werden könne. Der Forderung des Außenkommissariats nach Abreise des Mitarbeiters der betreffenden Gesandtschaft sei bereits stattgegeben worden.

Die Person des Täters

Moskau, 26. Dezember.

Der Name der hiesigen diplomatischen Vertretung, deren Mitglied nach einer offiziellen Meldung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion versucht hat, in Verbindung mit einem Beamten des Verkehrskommissariats zu treten, um ihn anzustiften, auf den japanischen Botschafter ein Attentat zu verüben, wird vom Volkskommissariat des Äußeren nicht bekanntgegeben. Es kann jedoch mitgeteilt werden, daß der Täter ein gewisser Wannjek ist, der der hiesigen tschechoslowakischen diplomatischen Vertretung angehört. Er hat Moskau erst gestern verlassen. Der Vorfall hat in der Moskauer diplomatischen Welt große Erregung hervorgerufen.

Appell in letzter Stunde

Für die Einheitsfront

Von Georg Ledebour

Der verdienstvolle Aufruf des SAP-Vorstandes zur Bildung einer Abwehrfront des klassenbewußten Proletariats aller Richtungen gegen den Faschismus hat erfreulicherweise Widerhall gefunden in den Reihen der Arbeiterschaft selbst. Wir dürfen auch hoffen, daß die besonderen Anregungen des Genossen Seydewitz in der SWZ vom 23. Dezember, durch zwischenparteiliche Massenversammlungen im Januar die Grundlage für die einheitliche Abwehrfront zu schaffen, Erfolg haben werden.

Leider aber haben andere Parteileitungen diesen Bemühungen bisher nur Steine in den Weg gewälzt. Besonders die Parteivorstände der SPD wie der KPD beharren bei ihrer Taktik, den Einheitsfrontgedanken zu einem Werbemittel für ihre eigenen Parteien zu mißbrauchen. Der SPD-Vorstand pocht, ohne den SAP-Aufruf zu erwähnen, auf seine „eisernen Front“ zur Abwehr des Faschismus, rechnet aber zu dieser eisernen Front nur Organisationen, von denen er annimmt, daß sie ihrer politischen Anschauung nach auf dem Boden der SPD stehen.

Der KPD-Vorstand wiederholt einfach unter dem üblichen Geschimpfe auf alle anderen Arbeiterparteien seine alte Parole: Wer wirklich Einheitsfront will, muß sich bedingungslos der Führung der KPD unterordnen! Dabei verfehlt er nicht, der Parteileitung der SAP zu unterstellen, ihre Befürwortung eines Waffenstillstandes zwischen den Einheitsfront-Parteien bezwecke nur, die gesamte Arbeiterschaft für die Tolerierung der Brüning-Politik einzufangen.

Auch die KPO (Richtung Brandler), die sonst nicht müde wird, eine Einheitsfront zu befürworten, haut in die nämliche Kerbe, indem sie die Forderung eines Waffenstillstandes zwischen den proletarischen Parteien gleichfalls so auslegt, als solle damit jede Kritik an der Tolerierungspolitik der SPD unterbunden werden. An sich widerstreitet schon der Wortlaut des SAP-Manifestes einer solchen Auslegung, denn es werden darin ja die SPD-Arbeiter ausdrücklich zur Abkehr von der Tolerierungspolitik aufgefordert.

Jene mehrseitigen Umdeutungsversuche machen es aber erforderlich, die Vorbedingungen einer erfolgreich verheißenden proletarischen Einheitsfront zur Abwehr des Faschismus festzustellen. Aber auch noch aus einem anderen Grunde ist das ratsam. Die faschistische Bewegung drängt zur Machtergreifung. Ihre Führer prahlen jetzt schon damit, daß sie Köpfe rollen lassen und Galgen verziern wollen. Kein Staatsanwalt, kein Gericht behindert sie in solchen Mordhetzereien. Die Hoffnung, daß die heute amtierenden Regierungsmänner einen faschistischen Machtergreifungsversuch mit den ihnen zur Verfügung stehenden staatlichen Machtmitteln hintertreiben könnten, steht auf recht schwachen Füßen angesichts der Tatsache, daß die Mehrheit der Polizeioffiziere dem preußischen Minister des Innern eine öffentliche Rüge erteilt hat, weil er einem Polizeimajor wegen einer faschistischen Entgleisung eine recht milde Ordnungsstrafe hat angedeihen lassen. Auf Herrn Groeners antifaschistische Leistungsmöglichkeiten brauchen wir gar nicht erst einzugehen. Die Arbeiterbewegung

Friede, aber mehr Kanonen!

Groeners Weihnachts-Botschaft

Sei es, weil Bibel und Himmel der lebenden Generation fremde Begriffe geworden sind, sei es, weil Minister und Diplomaten sich selbst gottähnlich dünken — jedenfalls ist es Branch geworden, daß Staatsmänner die alte Botschaft des Weihnachtsfestes durch eigene ersetzen. In Deutschland meldeten sich zu diesem Zwecke zwei Häupter der Reichsregierung: der Reichskanzler Brüning und der General Groener, der allerdings allein schon für zwei Ministerien spricht, so daß es auch ganz in Ordnung erscheint, wenn seine Auslassung die des Reichskanzlers schon dem äußeren Umfange nach um das Doppelte übertrifft. Groener geht es aber offenbar nicht nur um die Länge, sondern mehr noch um den Inhalt. Er hatte offenbar Zweifel, daß Brüning alles mit unmißverständlichem Freimut aussprechen werde, was die Reichsregierung in dieser Stunde bewegt und formulierte darum konkret, was jener nur andeutete. In der Tat ist mit salbungsvollen Äußerungen wie „Glaube, Liebe und Hoffnung, die Inbegriffe des weihnachtlichen Festes, müssen erst in die Herzen der Völker zurückfinden, wenn uns die Erfüllung seiner Verheißung zuteil werden soll“, wenig anzufangen. Solche Bedensarten mögen allenfalls einem Pastor geziemen, in der nüchternen Welt der Politik wirken sie nur belustigend. Und jedenfalls sind sie zweideutig, und gerade hiervon hält Groener nun einmal absolut nichts.

Das verrät auch schon die von Groener gewählte Überschrift: „Friede auf Er-

den?“ Absichtsvoll versieht er die Weihnachtsbotschaft mit einem dicken Fragezeichen. Dessen Berechtigung ist nun freilich sich nicht in Zweifel zu ziehen. In der Mandschurei tobt seit Wochen offener, blutiger Krieg, und just zum ersten Weihnachtstag hatten die Japaner eine neue große Offensive angekündigt. Dann herrscht an allen Fronten ein in solchem Ausmaß nie gesehener Wirtschaftskrieg, und schließlich sind mit „Frieden“ ja nicht nur die Beziehungen der Völker, sondern auch der Menschen selber zueinander gemeint, und daß in dieser Hinsicht beispielsweise die „Vierte Notverordnung“ mit ihrem ungeheuren Eingriff in die Taschen der Massen alles andere als ein dem Frieden günstiges Omen ist, hat die Reichsregierung selber dadurch anerkannt, daß sie mit ihr zugleich den Burgfrieden dekredierte. Nein, der Zweifel Groeners am Bestand des irdischen Friedens ist in jeder Beziehung gerechtfertigt. Aber nicht darum geht es ihm. Er sieht die Friedensgefahr nicht in dem Hunger, zu dem die herrschende Klasse die Besitzlosen zwingt, sondern in der bedrohten „nationalen Freiheit“, und damit ist mir schon klar, wo die wahren Friedensstörer zu suchen sind: „diejenigen Kräfte des Auslandes, welche diesem Bestreben des deutschen Volkes immer und immer wieder den unüberwindlichen Druck ihrer Uebermacht entgegenzusetzen haben, sind Schuld daran, daß Millionen deutscher Bürger sich enttäuscht von der bisherigen Politik abgewandt haben...“

Groener ist darum auch nicht um konkrete Vorschläge für die Sicherung des Friedens auf Erden verlegen: „Nicht verschiedenes Recht für Sieger und Besiegte“, dies ist sein Rezept, „sondern die gleichen Methoden der Abrüstung müssen für alle gelten.“ Und um ja nicht mißverstanden zu werden, versichert er: „Wir können unmöglich unsere Unterschrift unter eine Abrüstungskonvention setzen, die mit den hohen Begriffen des Friedens und des gleichen Rechtes Hohn treibt und Deutschlands Ansprüche nicht erfüllt.“

Friede auf Erden? Fürwahr er besteht nicht und er wird um so weniger bestehen, je mehr es Usus werden sollte, daß die Groener aller Länder sogar, die Friedensbotschaft des Weihnachtsfestes in ihr Gegenteil verkehren. In dieser Beziehung steht heute Deutschlands Reichswehrminister noch allein — und das ist im Augenblick zwar ein schwacher, aber immerhin der einzige Trost.

Schiedsspruch für die Schuhindustrie

Durch Schiedsspruch des vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten besonderen Schlichters, Regierungsrat Dr. Dobberstein, ist der Ecklohn in der Schuhindustrie mit Wirkung ab 1. Januar 1932 auf 76,5 Rpf. festgesetzt worden.

Unheiliger Abend

Raubmord in Berlin / Hungernde plündern Lebensmittelgeschäfte
200 tödliche Unfälle in USA

aller Richtungen hat deshalb einen baldigen faschistischen Überfall ins Auge zu fassen. Sicherheit gibt ihr nur ihre eigene Kraft. Nicht einen Tag darf sie die Machtergreifung durch den Faschismus dulden. Denn Hitler tolerieren, wäre Selbstmord. Die Bildung der Einheitsfront von unten herauf, wie die Parteileitung der SAP sie befürwortet, ist ausgezeichnet und aussichtsreich. Aber darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben: Eine solche Einheitsfront ist heute noch nicht schlagkräftig genug oder gar siegesicher. Die siegesichere Einheitsfront wäre aber mit einem Schlage auf dem Platz, wenn die beiden großen Parteien, der SPD und der KPD sich mit uns und den anderen Arbeiterorganisationen darüber verständigten. Und auch deshalb müssen die Vorbereitungen der Einheitsfront klar herausgearbeitet werden.

Die erste dieser Bedingungen ist, daß die SPD auf jedwede Regierungskoalition mit kapitalistischen Parteien im Reich wie in Preußen und anderen Einzelstaaten, ebenso auch natürlich auf jede Tolerierung irgendeiner kapitalistischen Regierung vollständig verzichtet. Sie muß sich für die Abwehr der faschistischen Mörderbanden ausschließlich auf die eigenen Machtmittel des Proletariats verlassen. Gemeinsam ist uns allen der Sieg gewiß über jeden Feind.

Die zweite unerläßliche Vorbedingung für unsere Einheitsfront ist, was insbesondere die KPD angeht, daß die verbündeten Parteien gegenseitig ihre subjektive Existenzberechtigung anerkennen. Eine politische Partei ist eine Kampfgemeinschaft auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen. Jede Partei beansprucht deshalb naturgemäß für sich, den allein richtigen Weg im Interesse des gesamten Gemeinwesens eingeschlagen zu haben. Alle anderen Parteien sind in ihren Augen minderwertig. Das zum Ausdruck zu bringen, ist allgemeiner Brauch der Parteien und ihr gutes Recht. Wenn aber einzelne Parteien, notgedrungen, ein Kampfbündnis mit anderen Parteien zum Schutze der Klasse, die sie vertreten, gegenüber der angedrohten Vernichtung durch Klassenfeinde eingehen müssen, dann widerstreitet es diesem Bündnis auf Gedeih oder Verderb, daß sie sich gegenseitig für Verräter, Renegaten, Verbrecher u. dgl. erklären. Das tut aber die KPD gewohnheitsgemäß gerade gegenüber den ihr nächststehenden Parteien. Dadurch würdigt sie ihr Gerede von der Notwendigkeit einer proletarischen Einheitsfront herab zu leerer Schaumschlägerei, um Arbeiter, die darauf hineinfallen, für ihre eigene Partei einzufangen.

Also: Die zur Einheitsfront gegen die faschistische Bedrohung zusammengeschlossenen proletarischen Parteien können zwar, eine jede, nach Möglichkeit ihre eigenen Auffassungen als richtig und gut anpreisen, sowie gleichzeitig versuchen, die abweichenden Anschauungen der Bruderparteien als irrig zu bekämpfen, sie dürfen aber nicht die Gutgläubigkeit der Bruderparteien absprechen, indem sie ihnen Schimpfwörter, wie „Verbrecher, Verräter“, an den Kopf werfen.

Wohl weiß ich, daß es der SPD wie der KPD ganz außerordentlich schwer fallen wird, die beiden hier formulierten Vorbedingungen für eine leistungsfähige proletarische Einheitsfront anzuerkennen und zu erfüllen. Aber es handelt sich um die Existenz der proletarischen Bewegung in Deutschland. Uebrigens sind unbeschadet dessen einheitliche Massenaktionen von unten, wie sie der Vorstand der SAP jetzt eingeleitet hat von größtem Wert für die Arbeiterklasse und notwendig für die Entwicklung der Einheitsidee in der Arbeiterschaft. Ohne Herausbildung einer solchen wirklich kampffähigen Einheitsfront wird das Proletariat von den Soldknechten des Kapitalismus überrastet und auf Jahrzehnte hinaus dann der Aufstieg zum Sozialismus ihm verrammelt werden. Die wirkliche Einheitsfront dagegen sichert ihm den Sieg, da nur von einer solchen Einheitsfront der politischen und wirtschaftlichen Organisationen des Klassenbewußten Proletariats dessen entscheidende Waffe, der Generalstreik, mit Erfolgsgewißheit verkündet werden kann, sobald der Faschismus versuchen sollte, sich der Regierungsgewalt zu bemächtigen. Deshalb richte ich in letzter Stunde diesen dringenden Appell an die Parteileitungen der SPD und der KPD: Verständigt euch untereinander und mit den anderen proletarischen Parteien über die Bildung der proletarischen Einheitsfront unter Anerkennung der hier skizzierten Vorbedingungen. Ein gemeinsamer Aufruf der Parteileitungen würde mit einem Schlage Erfolg haben. Aber solltet ihr zögern, dann ist es Pflicht der Klassenbewußten Proletarier aller Richtungen die Kampfgemeinschaft zu schaffen. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren.

Der Terror in Indien

Neue Massenverhaftungen

Peschwar, 27. Dezember.

Die Behörden haben zahlreiche Verhaftungen von bekannten Agitatoren vorgenommen. Allein in der Stadt Peschwar wurden 95 Mitglieder von ungesetzlichen Vereinigungen festgenommen, außerdem 188 in den fünf Distrikten der Nordwest-Grenzprovinz. Zweihundert „Rote“ wurden im Militärbezirk von Kohat verhaftet.

Die Weihnachtsfeiertage sind in Deutschland ruhig verlaufen. Die verlogene Friedenssentimentalität der Bourgeoisie wurde durch keinerlei schrille Mißtöne gestört. Mit großer Genugtuung heben die bürgerlichen Korrespondenzbüros hervor, daß die angeblich von Rußland eingeleiteten Gottlosen-Aktionen an den Festtagen bei uns keine Resonanz gefunden hätten. Nur ein Raubmord und einige Plünderungen von Lebensmittelgeschäften schienen den Weihnachtsfrieden zu beeinträchtigen...

Aber die Bourgeoisie möge sich nicht täuschen: der soziale Vulkan brodeln weiter. Und eines Tages wird es zur Eruption kommen. Die stillen, heiligen Nächte des Kapitalismus dürften gezählt sein!

Der neue Raubmord

Am Vormittag des ersten Weihnachtsfeiertages wurde in Berlin der 66 Jahre alte Filialeiter Gustav Huth, der seit über 40 Jahren bei der Firma Loeser & Wolff beschäftigt war und die Filiale Mohrenstr. 63/64 leitete, von seinem Schwiegersohn und zwei Polizeibeamten in einem kleinen Hinterraum des Ladens tot aufgefunden. Die weiteren, von der Mordkommission aufgenommenen Ermittlungen ergaben, daß Huth

einem Kapitalverbrechen zum Opfer gefallen ist.

Wie durch den hinzugezogenen Gerichtsarzt festgestellt wurde, ist Huth erschossen worden.

Wahrscheinlich ist die Tat am Donnerstagabend kurz nach Geschäftsloß verübt worden, da Huth schon die Gitter vor die Fenster gezogen hatte und die Eingangstür nach der Mohrenstraße schon verschlossen war.

Der Tod des alten Mannes ist um so tragischer, als er am 31. Dezember nach über 40-jähriger Dienstzeit pensioniert werden sollte. Der Täter sind etwa 300 Mark in die Hände gefallen, da Huth mit seiner Firma schon am Nachmittag abgerechnet hatte. Vom Berliner Polizeipräsidenten sind für die Ermittlung der Täter 1000 Mark und weitere 1000 Mark von der Firma Loeser & Wolff ausgesetzt worden.

Sie wollten sich einmal satt essen...

Berlin, 25. Dezember. Am Heiligabend gegen 17.30 Uhr drangen in das Lebensmittelgeschäft von Schwirke in der Zorndorfer Straße 15 drei junge Leute ein und raubten drei Würste. Die Täter entkamen unerkannt.

In die Bäckereifiliale von Hanke in der Schwedter Str. 254 drangen am Heiligabend gegen 18 Uhr zwei Männer ein, hielten die beiden Verkäuferinnen mit einer Pistole im Schach und raubten aus der Ladenkasse etwa 350 Mark. Die Polizei, die sofort die Verfolgung der Täter aufnahm, nahm einen von ihnen fest.

Der Frauenmord von Lübars

Der Ehemann als Täter

Der Polizei ist es gelungen, den Frauenmord in Lübars aufzuklären. Bei der Toten handelt es sich um eine 23jährige Frau Emma Mnemitz. Sie hatte den Zahntechniker Max Mnemitz geheiratet, aber fast von Anfang an keine glückliche Ehe mit ihm geführt. Als sie am 15. Dezember von ihm geschlagen wurde, verließ sie ihre Kinder und ihren Mann und hielt sich seitdem bei Bekannten und Verwandten auf.

Der Mann spürte ihr jedoch nach und forderte sie wiederholt unter Androhung von Gewalt auf, in ihre gemeinsame Wohnung zurückzukehren. Am Abend des 23. Dezember hatten dann beide eine Zusammenkunft für 19 Uhr in Lübars vereinbart, um sich restlos auszusprechen. Hier hat Mnemitz zwei Schüsse auf seine Ehefrau abgegeben.

Am nächsten Tage erstattete er dann eine Vermisstenanzeige, ging auch ins Leichenschauhaus, um seine Frau zu rekonoszieren. Hier wurde die Kriminalpolizei auf ihn aufmerksam. Im Vorhöl gestand schließlich Mnemitz, nach kurzem Kampf seine Frau umgebracht zu haben.

Proletarier-Weihnachten

Ein Eisenbahner tödlich verunglückt.

Berlin, 25. Dezember.

Am Donnerstag gegen 10 Uhr wurde der 46jährige Eisenbahner Richard Noske auf der Eisenbahnstrecke Stettiner Bahnhof-Gesundbrunn unter der Wisenbrücke von einem Vorortzug erfaßt und sofort getötet. Noske war dienstlich mit dem Schmierer der Bahngleise beschäftigt. Hier-

bei muß er das Herannahen des Zuges überhört haben, so daß er wahrscheinlich vom Stromleiter der elektrischen Vorortbahn getötet wurde.

*

Tod in der Kohlengrube

Budapest, 25. Dezember. Wie aus Fünfkirchen gemeldet wird, ereignete sich in einer Kohlengrube der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft ein schweres Unglück. In einem Stollen, in dem eine Arbeitergruppe von zehn Mann mit Erweiterungsarbeiten beschäftigt war, haben herabstürzende Erdmassen zwei Arbeiter unter sich begraben. Die Leichen konnten bisher noch nicht geborgen werden.

Eisenbahn-Unfälle

In Thüringen
Sechs Verletzte

TU. Weimar, 26. Dezember.

Am zweiten Weihnachtsfeiertag früh 6.40 Uhr, hat sich auf der Schmalspurstrecke Eisfeld-Unterneubrunn ein Zugunfall ereignet. Von dem Personenzug 742 entgleisten die Lokomotive und zwei Personenwagen. Die Lokomotive stürzte die Böschung hinunter; vier Personenwagen wurden schwer beschädigt. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht geklärt. Vier Fahrgäste sowie der Lokomotivführer und der Hilfsheizer erlitten größtenteils leichtere Verletzungen und wurden dem Krankenhaus in Eisfeld zugeführt. Die Verletzten sind Alfred Dressel aus Schwarzbach (leichter Bluterguß), dessen Ehefrau (leichter Wadenbeinbruch), Frau Schmidt aus Poppenwind (schwerer Beckenbruch), deren Sohn Heinz (schwere Rißwunden am rechten Unterarm), Oberlokomotivführer Rotenberger und Hilfsheizer Schmidt, die beide leichte Quetschwunden an der Brust davontrugen. Der Verkehr wird durch Postautos aufrechterhalten.

*

In Italien

Rom, 25. Dezember.

Bei der Station Incoronata südlich von Foggia hat sich am Donnerstag früh ein Eisenbahnunfall ereignet, das drei Tote und sechs Verletzte forderte. In dem Zuge der entgleiste, befand sich auch der Minister für öffentliche Arbeiten und mehrere Abgeordnete, die mit leichten Verletzungen davonkamen.

*

In Moskau

Moskau (über Kowno), 25. Dezember.

In Moskau stießen zwei Züge zusammen, wobei acht Wagen vollkommen zertrümmert wurden. Fünf Personen wurden getötet und 20 verletzt. Die Ursache des Unglücks konnte noch nicht geklärt werden.

Familiendrama in Belgrad

Belgrad, 25. Dezember. Ein junger Mann aus einer angesehenen Belgrader Familie erschoss seinen Vater und seine Mutter durch zwei Revolverschüsse und verletzte seinen Bruder schwer. Darauf jagte er sich selbst eine Kugel in das Herz. Die Motive seiner Tat sind unbekannt.

Schmuggelschiff gestrandet

Brüssel, 26. Dezember.

In der Nacht zum zweiten Weihnachtsfeiertag strandete ein belgisches Schmuggelschiff in der Nähe der Mole von Zeebrugge. Die Besatzung konnte sich durch Schwimmen an Land retten, wo sie nach einem erbitterten Feuergefecht mit Zollbeamten dingfest gemacht werden konnte. Ein unbeteiligter Schüler wurde bei der Schießerei getötet.

Eine Universität brennt

Johannesburg, 24. Dezember. In der hiesigen Universität brach heute ein Feuer aus, durch das der Hauptteil des Gebäudes mit der Bibliothek zerstört wurde. Der größte Teil der 85 000 Bände umfassenden Büchersammlung, darunter unersetzbare historische Dokumente, wurde ein Raub der Flammen. Der Gesamtschaden wird auf 100 000 Pfund Sterling geschätzt.

In Südafrika

Kapstadt, 27. Dezember.

In den größeren Städten der Südafrikanischen Union ereigneten sich während der Weihnachtsfeiertage außergewöhnlich viele Unglücksfälle. Im ganzen wurden 26 Personen bei Verkehrsunfällen und Raufereien getötet.

USA-Weihnachtsbilanz

200 tödliche Unfälle

CNB New York, 26. Dezember.

In den Vereinigten Staaten sind in den Weihnachtsfeiertagen 200 Menschen durch Unglücksfälle ums Leben gekommen, davon 130 durch Automobilunfälle. In Sacramento in Kalifornien explodierte aus bisher unbekannter Ursache die Lokomotive eines Expresszuges und tötete den Lokomotivführer und den Heizer. Neun Personen starben nach Genuß von giftigem Likör. Fünf Menschen kamen bei einem Hotelbrand in Springfield in Massachusetts ums Leben. Die Zahl der Verbrechen an den Feiertagen war ebenfalls entsprechend hoch.

Schweres Einsturzungsglück

Port Elizabeth (New Jersey), 25. Dezember.

Die Wände eines Gebäudes, das allmählich abgetragen wird, stürzten gestern plötzlich ein und fielen in einen Geschäftsraum. Etwa zwölf Personen scheinen dabei ums Leben gekommen zu sein.

Todessturz von Armeefliegern

New York, 24. Dezember.

Als zwei amerikanische Armeeflieger, ein Leutnant und sein Begleiter, mit einem Flugzeug in ihre Heimat flogen, wo sie ihren Weihnachtsurlaub zu verbringen gedachten, stürzte der Apparat in den Wäldern bei Billingsley im Staate Alabama ab, wobei die beiden Flieger den Tod fanden.

Amerikanisches Hotel eingeschert

Springfield (Massachusetts),

Springfield (Massachusetts), 27. Dezbr.

In dem hiesigen neuen Courthotel brach ein Brand aus, bei dem fünf Personen ums Leben kamen. Man befürchtet, daß sich auch noch unter den Trümmern Leichen befinden.

„O du fröhliche...“

Blutweihnachten der Imperialisten

London, 27. Dezember.

Wie der Sonderberichterstatler des Daily Express meldet, dehnt sich die japanische Front nordöstlich und südwestlich von Mukden mit über 240 Kilometer aus. Der japanische Generalstab beabsichtigt die chinesischen „Räuberbanden“ einzukreisen und so unschädlich zu machen. Wie der Berichterstatler weiter meldet, sind neue japanische Truppen, sowie neue Flugzeuggeschwader in der Mandschurei eingetroffen.

Aufbruch in Chile

20 Tote

Santiago de Chile, 27. Dezember.

In einzelnen Teilen des Landes ist ein kommunistischer Aufbruch gegen die Regierung des Präsidenten Montero ausgebrochen. Im Verlauf der Kämpfe mit den Aufständischen wurden etwa 20 Personen getötet und viele verwundet. In der Provinz Atacama kam es zu zwei regelrechten Schlachten, bei denen die Regierungstruppen siegreich waren.

Unruhen auch in Damaskus

In Damaskus kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der eingeborenen Polizei, wobei der Schußwaffen Gebrauch gemacht wurde. 32 Personen wurden getötet, 600 verletzt.

„Brot oder Arbeit“

Arbeitslosendemonstration in Paris

TU. Paris, 26. Dezember. In der Nacht zum ersten Feiertag kam es in Paris zu Arbeitslosendemonstrationen, die von Kommunisten organisiert waren. Etwa 500 Arbeitslose durchzogen in geschlossenem Zuge unter dem Ruf „Brot oder Arbeit!“ die Straßen der Stadt. Ein starkes Polizeiaufgebot zerstreute schließlich die Menge. Dabei kam es zu einem Handgemenge, bei dem die Kundgeber mit Schlagringen und Totschlägern gegen die Beamten vorgingen. Drei Polizeibeamte wurden ernstlich verletzt, einer mußte ins Krankenhaus überführt werden. Erst nach stundenlangen Bemühungen gelang es, die Ruhe wiederherzustellen. 40 Verhaftete wurden abgeführt.

Ein amerikanisches Zuchthaus

Bericht aus St. Quentin (USA) / Von Ernst Toller

Tom Mooney

Wir fahren mit der Fähre über die Bai von San Francisco. Dann führt uns das Auto durch die hügelige, mit Eukalyptus-, Lorbeer- und Rotholzbäumen bewachsene Landschaft von Marin County zum Zuchthaus St. Quentin. Wir passieren den ersten Wachturm, der mit Maschinengewehren bespickt ist. Später häufen sich die Türme. Wir kommen ans Tor, müssen unseren Namen einschreiben. Wir gehen über einen Hof zum zweiten Tor. Wir werden in ein Büro geführt. Eine Viertelstunde später sehen wir Tom Mooney im Sprechzimmer. An einem langen Tisch sitzen Gefangene, ihnen gegenüber die Besucher. In der Mitte des Tisches, aus Stäben gebaut, eine kleine Scheidewand. Über diese dürfen die Gefangenen sich nicht beugen. Am Ende des Tisches, an erhöhtem Pult, sitzt der Aufseher, der Gefangene und Besucher kontrolliert.

Fünfzehn Jahre lebt Tom Mooney im Zuchthaus. Als junger Mensch ging er hinein, heute ist er grau und sein Gesicht von Falten gekerbt. Unschuldig sitzt dieser Mann im Zuchthaus. Amerika, die Welt weiß es, immer noch kerker ihn die Mauern.

Mooney war einer der tüchtigsten sozialistischen Agitatoren im amerikanischen Westen. Er hat viele Arbeiter organisiert, hat Streiks geleitet. War einer der bestgehalteten Männer. Detektive jagten hinter ihm her, immer fehlte die Handhabe, ihn zu packen.

Am 20. Juli 1916 demonstrierten in großer Parade die nationalistischen Verbände für den Eintritt Amerikas in den Krieg. An der Market und Steuart Street explodierte eine Bombe. Zehn Menschen wurden getötet.

Ein Mann, namens Mc. Donald, behauptete einige Tage nach dem Attentat, er habe Tom Mooney in der Nähe des Schauplatzes gesehen. Als Mooney die Beschuldigung vernahm, stellte er sich sofort der Polizei. Man verhaftete ihn, und in einem Monsterprozess wurde er zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Seine Unschuldsbeteuerungen halfen nichts. Die Entlastungszeugen wurden vom Staatsanwalt verächtigt und arretiert. Bilder, von Pressephotographen aufgenommen, die deutlich Tom Mooney auf dem Balkon eines Hauses zeigten, das weit vom Schauplatz des Attentats entfernt war, konnten ihn nicht schützen.

Als man kurze Zeit nach dem Prozess jene Bilder vergrößerte, entdeckte man eine Straßenuhr, deren Zeiger 1 Uhr 58 Minuten wiesen. Da man unmöglich von dem Haus, in dem Mooney sich befand, in sechs Minuten zum Platz des Attentats laufen konnte, war bewiesen, daß Mooney die Bombe nicht geworfen hatte. Auch dieser eindeutige Beweis half dem Gefangenen nichts.

In der amerikanischen Öffentlichkeit fing man an, sich für ihn zu interessieren. Komitees wurden gegründet. Fortschrittliche Zeitungen setzten sich für ihn ein. Als Dokumente gefunden wurden, aus denen hervorging, daß der Belastungszeuge Mc. Donald gekauft war, erklärten der Richter und die Geschworenen, die ihn verurteilt hatten, daß sie heute nicht mehr an seine Schuld glauben. Aber Tom Mooney blieb im Zuchthaus, mit ihm der Sozialist Billings, der ebenso unschuldig war wie er.

Immer lauter wurde der Ruf nach Gerechtigkeit. Sein eigener Richter, Franklin A. Griffin, sprach in großen Versammlungen und forderte der Gouverneur von Kalifornien auf, das geschehene Unrecht gut zu machen. Drei Gouverneure folgten einander. Tom Mooney blieb im Zuchthaus.

Ein Geständnis

Vor acht Jahren gestand ein Mann namens Smith auf seinem Totenbette, daß er die Bombe geworfen habe, daß Mooney und Billings nichts mit dem Attentat zu tun hätten. Tom Mooney blieb im Zuchthaus. Er brach nicht zusammen, er kämpfte alle die Jahre in steter Kraft für sein Recht. Als er mir die Hand schüttelt, spüre ich: Da sitzt ein ganzer Kerl.

„Was verlangen Sie von mir,“ sagte er. „Soll ich beweisen, daß ein anderer das Attentat begangen hat und nicht ich? Ist es meine Pflicht, herauszubekommen, wer der Täter ist? Entscheidend ist, daß ich nichts damit zu tun habe. Jetzt greifen sie das Schuldbekenntnis eines toten Mannes auf, das seit sechs Jahren bekannt ist, und wollen untersuchen, ob seine Angaben der Wahrheit entsprechen. Darüber können Jahre vergehen. Ich verlange nichts weiter, als daß man untersuche, ob die Verhandlung, in der ich zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde, nach Recht und Gesetz geführt wurde, ob man die Dokumente, die ich zum Beweis meiner Unschuld vorlegen ließ, geprüft hat. Wenn der Gouverneur zu einem negativen Urteil kommt (und er muß zu einem negativen Urteil kommen), hat er die Pflicht, mich in Freiheit zu setzen. Am liebsten wäre mir eine neue Verhandlung. Dafür sind nach amerikanischem Gesetz alle Wege veramtelt. Auf Gnade, die den Schein einer Schuld aufrecht erhält, verzichte ich.

Ich werde nicht aufhören, mein Recht zu fordern.“

Ich erzählte Mooney, daß man auch in Deutschland soßen und Billings Fall kenne: daß auch dort Männer auf die Schande ihrer Einkerkung öffentlich hinweisen.

„Womit werden Sie beschäftigt?“ fragte ich ihn. „Ich muß Kartoffeln schälen.“

Zum Tode verurteilt

Ich spreche dann Mc. Namarra, der schon 19 Jahre im Zuchthaus lebt. Er gehörte zu jener anarchistischen Gruppe, die im Jahre 1911 das Hars der „Times“ in Los Angeles in die Luft sprengte. Das Gericht hatte keine Beweise für seine Schuld. Ein bestochener Angestellter des Verteidigers stahl aus dessen Safe Dokumente, die Mc. Namarras Beteiligung dartaten. Um 25 mißangelegte Arbeiter zu retten, erklärten er, sein Bruder und Smith, sie seien die einzigen Täter. Neunzehn Jahre sitzen diese Männer im Zuchthaus. In allen anderen Fällen werden nach so langer Strafzeit Gefangene begnadigt.

Mc. Namarra erzählte mir, daß er damit beschäftigt wird, den zum Tode Verurteilten Essen zu bringen.

„Wieviele zum Tode Verurteilte sind im Zuchthaus?“

„Sechzehn! Demnächst werden wieder einige gehängt.“

In New York kocht man die Menschen auf elektrischen Stühlen, in Kalifornien werden sie gehängt.

Später sehe ich mir das Zuchthaus an. Es ist für 2400 Gefangene bestimmt, aber 4300 waren hineingepfercht. Die amerikanische Öffentlichkeit fragt nicht nach dem Grunde erhöhter Kriminalität. Sie glaubt, nur die Menschen werden zu Verbrechern, die „bad people“ (schlechtes Volk) seien, und sie beruhigt sich damit. Daß die ökonomischen Verhältnisse, im Steigen begriffene Arbeitslosigkeit, ihr gerüttelt Teil Schuld tragen, sieht sie nicht.

Alle Gefangenen tragen den einheitlichen blaugrauen Anzug. Sie arbeiten in verschiedenen Werkstätten. Jeder Gefangene muß täglich eine bestimmte Aufgabe leisten, eher darf er seinen Arbeitsplatz nicht verlassen. Es wird nicht für Privatindustrie, sondern nur für den Staat geschafft.

Alle Gefangenen müssen zuerst in den schmutzigen, lärmduchtesten Wehereiwerkstätten arbeiten. „Hier sollen sie weichgekocht werden,“ sagen die Gefangenen. In den Freistunden dürfen sie rauchen, Fußball und Baseball spielen. Aber nur die Bevorzugten genießen die Privilegien, für die anderen ist kein Platz da in diesem überfüllten Zuchthaus. Sie hocken im Hofe, auf dem kein Fleckchen Grün zu sehen ist, während draußen die herrlichste Landschaft blüht.

Die Gefangenen essen gemeinsam. Ich besuche einen Raum, in dem 2000 Gefangene sitzen können.

Menschen aller Rassen kann man sehen, Weiße, Neger, Mexikaner, Chinesen, Japaner, Indier, Griechen, Italiener, Franzosen, Deutsche. Sie haussen zu je zweien in schmalen, eingebauten Schächten, die vom Zellengang durch

ein Gitter getrennt, Tag und Nacht erleuchtet sind.

Die furchtbarste Disziplinarstrafe ist Dunkelzelle. Die Strafzellen liegen unter der Erde. Frische Luft wird von draußen durch einen Ventilator in den Zellengang hineingepumpt.

Der Galgen

Bevor wir das Zuchthaus verlassen, führt uns der Wärter zu den Todeszellen und zum Galgen. Einen Tag bevor die Gefangenen gehängt werden, werden sie in die Todeszelle überführt, große Holzkäfige in einem Zimmer, von allen Seiten kontrollierbar. Im Zimmer sitzen Tag und Nacht Wärter, die darüber zu wachen haben, daß der Gefangene sich kein Leid antut und so „dem Gesetz sein Recht stiehlt“. Einmal machte ein Gefangener zwei Tage vorm Gehängtwerden einen Selbstmordversuch. Er wurde ins Hospital geschafft und sorgsam gesund gepflegt. Dann erst hängte man ihn.

Im gleichen Zimmer befindet sich ein Verschlag, darin hängen Stricke auf Vorrat. Ich zähle etwa 20 Stricke. An jedem hängt ein Gewicht, um die Dehnung des Strickes beim Hängen zu vermeiden. Die Gewichte sind verschieden schwer, sie entsprechen verschiedenen Körpergewichten. Jeder Mann bekommt seinen eigenen Strick, der nachher verbrannt wird. Die Schlinge ist mit sieben Ringen geknotet. Man nennt sie „hangmans knot“.

In einer anderen Ecke des Zimmers steht ein Harmonium. Auf meine Frage sagt mir ein Wärter: „Es gibt Gefangene, die wünschen mit Musik gehängt zu werden. O, sie haben es gut.“ führt der Wärter fort, „was sie wollen, das bekommen sie. Einer wünschte sich Jazzmusik, da spielte ihm die Gefangenenkapelle Jazztänze vor. Essen bekommen sie besseres als wir Aufseher, sogar Hühnerdin.“

Ich gehe in die Käfige hinein. In der Tischschublade sind zwei Namen mit Bleistift eingeschrieben — Johnny Malone, Frenchy Lapierre. Beide hat man gehängt. Den einen, weil er seine Frau getötet, den anderen, weil er einen Polizisten erschlagen hat.

Eine Schiebetür trennt dieses Zimmer vom Exekutionsraum, darin der Galgen aufgebaut ist. Eine dreizehnstufige Treppe führt zu ihm empor. Bevor der Gefangene zum Galgen geht, werden ihm mit einem Riemen Arme und Hände an den Leib gebunden, und wenn er oben auf der Todesklappe steht, werden mit einem anderen Riemen die Füße zusammengeschnürt. Das geschieht, damit beim Hängen der Körper sich nicht krümmt.

Wird ein Gefangener vor der Exekution bewußtlos, ist auch hierfür Vorsorge getroffen. Ein schwarzes, etwa 16 Zentimeter breites Streckbrett, an dem Riemen befestigt sind, wird auf seinen Rücken geschlallt, damit der Körper aufrecht bleibt. Links und rechts vom Galgen stehen je drei Schaukelstühle für die prominenten Beamten.

Zwei Männer können zu gleicher Zeit gehängt werden. Sowie die Gefangenen auf der Todesklappe stehen, wird ihnen eine schwarze Kappe übergestülpt. Der Henker legt ihnen die Schlinge um den Hals und zieht sie, nahe

am Ohr, fest an. In einem kleinen Raum auf der Plattform des Galgens sieht man drei Fäden auf einer Tischplatte befestigt. Einer von ihnen hält den mit einer Eisenkugel beschwerten Strick, der die Klappe, auf der die Gefangenen stehen, jah herunterreißt, so daß sie ins Bodenlose stürzen. Vor den drei Fäden stehen drei Aufseher, die die Fäden auf Kommando durchschneiden. Keiner der Wärter soll wissen, wer die Todesklappe gelöst hat. Auf der Tischplatte sieht man Kerben von Exekutionen.

Dreizehn Stufen

Der Wärter, der mich führt, erzählt mir, daß er schon viele Hinrichtungen gesehen habe.

„In welcher Verfassung sind die Menschen, wenn sie zum Galgen gehen?“

„In guter. Nur einige sah ich ohnmächtig. Die meisten gehen völlig stumpf die dreizehn Stufen hinauf.“

„Sind sie gleich tot?“

„Hängen ist eine ausgezeichnete Methode, viel menschlicher als der elektrische Stuhl. In einem Ruck wird ihnen das Genick gebrochen. Ihre Glieder zucken noch, das dauert 14 bis 16 Minuten, dafür binden wir ihnen ja Riemen um Arme und Füße, damit sie nicht umher schlagen, aber das spüren sie nicht mehr.“

Wir kommen am Zellenbau der Todeskandidaten vorbei. Vor jeder Zelle hängt ein Blumentopf.

Ein zum Tode verurteilter Gefangener winkt uns zu, ein anderer, als ich stehen bleibe, lacht laut.

Blumentopf, Hühnerdin und Galgen mit Musik.

Vor dem Zuchthaus strahlt in unendlichem Blau die Golden Gate.

Kleines Feuilleton

Flugzeug verdrängt Hundeschlitten

Die Ausdehnung des Flugverkehrs in Alaska hat den Hundeschlitten, der im fernen Norden unentbehrlich war, in die Rumpelkammer verwiesen. „Ein Flugzeug“, erklärte Arthur Johnson, ein Sachverständiger der Verkehrsfragen Alaskas, „ist ja auch in der Lage, in einer Stunde eine Strecke zurückzulegen, für die das Hundegespann eine volle Woche brauchte. Aber der Flugzeugtransport ist nicht nur schneller, sondern auch billiger. Zur Zeit erstreckt sich das Netz der Fluglinien von Alaska über 5000 Kilometer. Wegen der niedrigen Temperaturen gibt es eine Reihe von Schwierigkeiten zu beheben, wie sie dem Flugverkehr nur hier entgegneten. Sinkt doch das Thermometer nicht selten auf 56 Grad Celsius unter den Nullpunkt. Während einer Zeit von fünf bis sieben Monaten sind wir beim Landen auf die Schlittenkufen angewiesen. Wir landen auf Seen und Flüssen. Im Sommer gebrauchen wir Pontons. Schlittenkufen dienen auch während des Frühlings zur Zeit der Schneeschmelze bei der Landung im Morast. Wir suchen immer noch die zweckdienlichsten Kufen. Wir haben es ja mit den verschiedensten Arten von Schnee, weichem, gefrorenem, vereistem oder Pulverschnee zu tun. Und jede Schneearart verlangt ein besonderes Landungsmanöver. Obwohl wir schon unzählige Versuche gemacht haben, ist es uns noch nicht gelungen, den Idealtyp einer Schlittenkufe zu finden.“

Kastenunterschiede im Ameisenhaufen

Im „Biologischen Zentralblatt“ behandelt F. Weyer die Frage: Wie entstehen die Kastenunterschiede bei den Termiten? Es handelt sich dabei um den Nachweis, ob die einzelnen Kasten genotypisch oder nur phänotypisch zu erklären sind; das heißt, ob die Kastenunterschiede der Königinnen, Arbeiterinnen, Soldaten und Drohnen erbgeschichtlich festgelegt sind oder nur die Erscheinungsformen einer besonderen Entwicklung darstellen. Bei Bienen und Ameisen, sagt der Verfasser, kann man eine nur phänotypisch erklärbare Verschiedenheit der Kasten feststellen. Die Eier dieser Tiere haben nämlich gleiche Anlagen, und die späteren Unterschiede sind nur die Folge äußerer Einflüsse, wahrscheinlich verschiedener Ernährung. Die Arbeiterinnen können z. B. im Notfall durch Wechsel der Ernährung aus Arbeiterinnenlarven Königinnen ziehen! Auch bei den Termiten sprächen viele Anzeichen dafür, daß die Kastenunterschiede auf ähnliche Weise entstehen. Strenge Beweise dafür ständen freilich noch aus. Wenn es aber gelingen wird, sie beizubringen, und das scheint nach den bisherigen Ergebnissen nicht unmöglich, wird es für die biologische Forschung von großer Tragweite sein.

Eine Träne tötet 50 Milliarden Bakterien.

Einem New Yorker Krankenhaus blieb es vorbehalten, hinter das Geheimnis der sterilisierenden Wirkung der Tränen zu kommen. Über 50 Milliarden Bakterien, die im Laboratorium gezüchtet wurden, wurden blitzschnell von einer einzigen Träne vernichtet, die der Zufall aus den Augen einer Krankenschwester auf die Kulturen herabtröpfen ließ.

War Alfons König von Spanien?

Die in Paris erscheinende Zeitung der spanischen Emigranten meldet:

Alfonso (Alfonso) XIII. Leon Ferdinand Maria Jakob Isidor Pasqual Anton, König von Spanien, Kastilien, Leon, Aragon, beider Stätten, von Jerusalem, Navarra, Granada, Toledo, Valencia, Gallicien, Mallorca, Minorca, Sevilla, Cordoba, Cordega, Murcia, Jaen, Algarbien, Algier, Gibraltor, den Kanarischen Inseln, Ost- und Westindien, Indien und dem ozeanischen Festland, Erbsprinz von Österreich, Herzog von Burgund, Brabant und Mailand, Graf von Habsburg, Flandern, Tirol und Barcelona, Herr von Viscaya und Molina usw., katholische Majestät, hat gnädigst geruht, das Protektorat über unsere Vereinigung spanischer Exilierten zu übernehmen.

Der Herr, der hier mit so vielen hochtrabenden Namen genannt wird, ist, wenn man dem fleißigen Werk des jungen Historikers H. R. Madol folgen will, keineswegs der legitime Nachfolger so hochgeborener Geschlechter wie der Bourbon und Habsburg, sondern ganz einfach der Nachkomme eines fürstlichen Baatars. Kenner der Geschichte werden wissen, daß in dem Spanien der kurz vor-napoleonischen und der napoleonischen Zeit ein hochgeborener Höfling regierte, der Sohn eines gering bemittelten Kleinadelsgeschlechts aus der Provinz Estremadura namens De Godoy. Dieser Höfling, Manuel Godoy, aus dem später ein Herzog von Alcudia und noch später ein Principe de La Paz wurde, war anscheinend gleichzeitig der Geliebte der Königin Marie Louise und des Königs Karl IV.

Er hat jahrzehntelang in Spanien mit den Machtbefugnissen eines Mussolini etwa regiert, bis die napoleonische Invasion mit der ent-thronten Dynastie auch ihn entmachtete. Vorher hatte ihn der Bonaparte mit der Krone Portugals für seine ehrgeizigen Pläne einzufangen gesucht.

Ganz zweifelsfrei aus Godoys Verhältnis mit seiner Königin entsprossen ist der im Jahre 1794 geborene Infant Don Francisco de Paula. Dieser aber hinwieder ist ebenso zweifelsfrei der Stammvater Alfonsos, der sein Urenkel war.

In dem grundgelehrten Schmöcker Madols heißt es:

„Allgemein auffallende Ähnlichkeit der Kinder (der Königin, D. Red.) mit Godoy war oft Anlaß zu Aergernissen Sittenstrenger.“

Der Gesandte der französischen Republik, Bourgoing, schreibt dem Konvent über Godoy (zitiert nach Madol):

„In diesen Tagen wird er den höchsten militärischen Grad, den des Generalkapitans, erhalten, und am Tage des heiligen Ludwig wird er mit dem Goldenen Vließ ausgezeichnet werden. Er ist fünfundzwanzig Jahre alt. Vor drei Jahren noch war er Gardedecorps. Man möchte sagen, daß die Königin, indem sie das Idol mit Gütern und mit Ehren überschüttet, die Nation verhöhnen will. Der König behandelt den Herzog mit der größten Familiarität und rechtfertigt eine so schnelle und glänzende Karriere dadurch, daß er Manuel Godoy als den Abkömmling der alten Gotenkönige, also seiner Verwandten, bezeichnet.“

In der Tat, das Material, das der Historiker für die Abstammung der letzten spanischen Könige von Godoy zusammenträgt, ist unwiderlegbar. Strenge Legitimisten mögen aus ihm den Trost ziehen, daß die Entthronung einen Unebenbürtigen getroffen hat, einen der Krone Unwürdigen also.

Zusammenbruch des Kreditsystems

Das durch keinerlei Organe der Allgemeinheit, des Proletariats kontrollierte Kreditsystem des Kapitalismus steht und fällt mit dem Vertrauen eines Kapitalisten zum anderen. Wie sich dieses Vertrauen gewandelt hat, wie das Mißtrauen zum Kapitalisten vom eigenen Klassegenossen auf den Proletarier als Sparer und kleinen Gläubiger sich ausbreitete, haben wir im Laufe des letzten Jahres deutlich zu spüren bekommen.

Nichts charakterisiert diese Entwicklung schärfer als die Zunahme des Wechselumlaufs trotz abnehmender Wirtschaftstätigkeit. Während im Oktober 1930 noch nicht 10 Milliarden Reichsmark Wechsel umliefen, und sich dieser Betrag durch die Krise auf 8½ Milliarden im Mai 1931 ermäßigte, ergibt sich für Ende Oktober bereits ein Umlauf von rund 11 Milliarden RM! Normalerweise dient der Wechsel zur Finanzierung von Waren- und Dienstleistungsgeschäften aller Art. Die Reichsbank unterstützt solche Waren- und Dienstleistungsgeschäfte durch Diskontierung der Wechsel, und im allgemeinen hat man sich auch an die Bestimmungen des Bankgesetzes gehalten, wonach der Diskont-Kredit der Reichsbank dem Warenverkehr zu dienen hat.

Das extrem gesteigerte Mißtrauen innerhalb des Kapitalismus hat nun zunächst die Banken dazu getrieben, die reinen Buchkredite, die sie gegeben haben, verstärkt zu sichern. Wie geschah das? Man wandelte die Buchkredite in die weit leichter und schneller einklagbaren Wechselkredite um! Dadurch entstanden aber natürlich keine Finanzwechsel, die eigentlich nicht Gegenstand des Geschäfts der Reichsbank sein sollten. Aber die Ratlosigkeit war viel zu groß, als daß man sich streng danach richten konnte. Pro forma schaltete man daher die Garantie- und Akzeptbank ein, die ihre Unterschrift auf diese Wechsel setzte und sie dadurch reichsbankfähig machte. Die Verpflichtungen, die diese neue Bank — nur zu Stützzwecken — eingegangen ist, belaufen sich gegenwärtig auf etwa 1¼ Milliarden Reichsmark, wenn nicht noch mehr! Und der Wechselbestand der Reichsbank ist vom Mai bis Oktober um nicht weniger als 2,2 Milliarden RM gestiegen! Kein Wunder, daß die ja nur begrenzt zur Notendeckung brauchbaren Wechsel den an sich fiktiven Notendeckungssatz herabdrückten.

Ein weiteres Kapitel sind die eigenen Akzente der Banken. Mit diesen können sie Kredit willkürlich schaffen. Damit

diese Bank-Akzente umlaufsfähig werden, tauschte man sie früher mit anderen Banken aus, die ihre Unterschrift darauf setzten. Damit war den äußerlichen Erfordernissen Genüge geleistet. Nunmehr traut aber keine Bank der anderen, und so mußte man nach einem Ausweg suchen. Dieser fand sich ebenfalls in einer Neugründung: der Diskont-Kompanie. Gab früher beispielsweise die Deutsche Bank ihre Wechsel etwa der Danat und umgekehrt, so geben beide sie jetzt der neuen „Bank“, die weiter nichts zu tun hat, als diese Bankakzente durch ihre Unterschrift umlaufsfähig zu machen. So weit also ist das allgemeine Mißtrauen des einen Kapitalisten zum anderen schon gediehen, daß man erst eine von allen Beteiligten garantierte neue Bank aufmachen mußte, um einen einigermaßen sicheren Geschäftspartner zu finden. Wie sehr die Banken in der Klemme sitzen, geht daraus hervor, daß allein bei den monatlich berichtenden Banken, zu denen die Arbeiterbank aber nicht zählt (warum eigentlich nicht?), der Umlauf an eigenen Akzepten von 600 Millionen im Hochkonjunkturjahr 1928 auf immer noch erst 800 Millionen M. im Mai dieses Jahres und dann rapid auf 1,8 Milliarden M. im Oktober 1931 angewachsen ist! Die Banken haben also zur Finanzierung, zur Deckung ihrer Verpflichtungen in den wenigen Monaten seit dem Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt

eine Milliarde neue Akzente

in Umlauf gebracht, sich selbst für 1 Milliarde Mark neuen Kredit „gewährt“. Krasser kann sich die Hilflosigkeit des Kapitalismus kaum noch demonstrieren.

Von diesen Finanzierungsmethoden haben auch die Staats- und Girobanken reichlichen Gebrauch gemacht: die Preuß. Staatsbank hat vom 30. Juni bis zum 31. Oktober über 13 Millionen neue eigene Akzente ausgestellt, die Sächsische Staatsbank fast 2 Millionen neu; die Hessische Landesbank, die Ende Juni kein Akzept im Umlauf hatte, meldet jetzt über 15 Millionen und die Hannoversche Landesbank sogar über 17 Millionen gegen keine einzige Ende Juni! Bei den Girozentralen waren insgesamt 60.000 RM Akzente Ende Juni im Umlauf, jetzt sind es hier allein über 500 Millionen, von denen je rund 65 Millionen auf die Deutsche Girozentrale, die Hannoversche und die Westfälische entfallen.

Die nächst größten Akzeptanten sind die Bayerische Gemeindebank in München mit 50 Millionen und die Brandenburgische Provinzialbank in Berlin mit 40 Millionen.

Daß die kleinen Gläubiger heute zu keinem Finanzinstitut, gleich welcher Form, mehr sonderlichen Zutrauen haben, ist denn auch nicht weiter verwunderlich. Und so hört man ohne Erstaunen, daß die einen lieber auf alle Zinsen verzichten und sich... bei der Reichsbank ein unverzinsliches Reichsbankgirokonto einrichten lassen, die anderen ausgerechnet — die Hypothekenbanken ihres Grundbesitzes wegen für am stabilsten halten und die wenigen, die noch Depositenbank-Recht haben, mit Depositeneinlagen beglücken. Das Durcheinander und die Rat- und Hilflosigkeit tritt aus solchen Sicherungsversuchen der Gläubiger ganz besonders klar hervor. Man wird abwarten müssen, wie die Entwicklung inzwischen weitergegangen ist. Wenn die neuen Bankbilanzen für November bekannt werden, können wir nochmals darauf zurück.

Vor der Fusion der Industrie-Banken

Bei der angeblich von der Industrie, in Wirklichkeit von den Steuerzahlern gestützten Danatbank steht die Fusion mit der Commerz- und Privatbank unmittelbar bevor.

Uneinigkeit herrscht bloß noch in personeller Hinsicht: Jakob Goldschmidt, die einstmalige Primadonna der Bankiertage, hat sich durch seine gewagten Spekulationen selbst unmöglich gemacht, der faschistische Commerzbank-Direktor Reinhart ist mit seinen Autarkie-Plänen auch nicht gerade überall beliebt, am wenigsten wohl bei der Reichsbank, und Dr. Sobernheim, der Bruder des Schultheiß-Patenhofe-Generallissimus, dürfte auch nicht in Frage kommen. Wird also vermutlich ein Außenseiter dranglauben müssen, der erste Leiter der Bank der Schwerindustrie und Scharfmacher zu werden. Vielleicht gar Herr von Stauff von der Dedibank, der sich doch sicher besonderer Sympathien auf der Rechten und bei der Industrie erfreut, nicht zuletzt durch seine famosen Transaktionen für Hugenberg (Ufa, Osthandel usw.)?

Gläubigerversammlung der Sparkasse Borsig

Berlin, 24. Dezember.

Nach Eröffnung der vom Betriebsausschuß einberufenen Versammlung der Gläubiger der Werkssparkasse der Firma A. Borsig G.m.b.H. durch den Vorsitzenden des Betriebsrates schilderte ein Mitglied des Betriebsausschusses den Stand der Dinge und forderte die Sparer zur energischen Wahrnehmung ihrer Interessen auf. Im Anschluß daran gab für die Firmenleitung Direktor Kranen Erklärungen ab über die Entwicklung der Sparkasse, über die Höhe der Einlagen, über die von der Firma zur Sicherung der Sparer ergriffenen Maßnahmen und über die weiter beabsichtigten Schritte. In der darauffolgenden lebhaften Aussprache kam der Wunsch der Sparer zum Ausdruck, sich in dem anhängig gemachten Vergleichsverfahren durch einen von den Sparern selbst gewählten engeren Sparer-ausschuß vertreten zu lassen. Dieser Sparer-ausschuß wurde nach den aus der Versammlung gemachten Vorschlägen gebildet und wird nun, zunächst provisorisch, die Interessen der Sparer gegenüber der Firma und den übrigen Gläubigern einheitlich wahrnehmen.

*

Wie wir erfahren, ist die selbstverständliche Forderung der betrogenen Sparer, den übrigen Gläubigern der Firma gegenüber bevorzugt behandelt zu werden, nicht erfüllt worden. Die Vertretung der Werksleitung beschränkte sich auf allgemein gehaltene, leere Versprechungen. Der Sparer-ausschuß wird der Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft, vor allem der Gewerkschaften bedürfen, um seinen Auftraggebern zu ihrem Recht verhelfen zu können.

Phrasen, nichts als Phrasen! Von der „Eisernen Front“

Berlin, 27. Dezember.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold teilt mit: „Der Bundesrat des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold trat am 27. Dezember zu der angekündigten Sitzung zusammen. Nach einem einleitenden Vortrag des geschäftsführenden Vorsitzenden wurden in eingehender Aussprache die durch die Verschärfung der Lage notwendig gewordenen neuen Maßnahmen erörtert. Die Zusammenkunft der Reichsbannerführer aus allen Gauen Deutschlands war getragen von dem festen Willen, in der neugefestigten Einheitsfront aller verfassungstreuen Parteien und Organisationen mit den Todfeinden der deutschen Republik im kommenden Kampfsjahr endgültig Schluß zu machen.“

Barrikaden gegen den Welthandel

Auch Spanien und Belgien kündigen Zollerhöhungen und Einfuhrkontingentierungen an

Die Zersetzung der Weltwirtschaft schreitet in rasendem Tempo fort. Am 23. Dezember hat Spaniens Präsident ein Dekret über die Kontingentierung ausländischer Einfuhrwaren unterzeichnet. Dieses Dekret besagt, daß die Einfuhr gewisser Erzeugnisse kontingentiert werden müsse, um spanische Einkäufe in den Ländern einzuschränken, die dem spanischen Export allzu große Beschränkungen auferlegten und um die Einfuhr aus anderen Ländern zu fördern, die mehr Entgegenkommen zeigten. Folgende Erzeugnisse wurden vorläufig der Kontingentierung unterworfen: Automobile, Seide und Seidenwaren, frische und trockene Fische, Fischkonserven, Eier, Holz, Tabak, elektrisches Material, Glaswaren, telegraphische und telephonische Apparate. Die Liste könne nötigenfalls erweitert werden. Ein weiterer Artikel des Dekrets besagt, daß bei künftigen Handelsvertragsverhandlungen die Meistbegünstigungsklausel nicht allgemein, sondern nur für bestimmte Erzeugnisse gewährt werden könne. Im letzten Artikel dieses Dekrets heißt es, daß Spanien möglichst umgehend Verhandlungen wegen Revision der Handelsabkommen einleiten werde, die nicht diesen neuen Bestimmungen Rechnung tragen.

Eine sich in gleicher Richtung bewegende Erklärung hat am selben Tage zu Beginn der Kammeritzung der belgische Ministerpräsident Renkin abgegeben. Die belgische Einfuhr sei, so verkündete Renkin, durch die Einfuhrbeschränkungen in England, Frankreich, Deutschland und anderen Ländern ernstlich bedroht. Die Regierung habe das Recht, die bestehenden Zollsätze zu ändern, die Einfuhr zu kontingentieren und Maximalzölle anzuwenden, vor allem den Ländern gegenüber, deren Währung gesunken sei oder die Ausfuhrprämien gewähren. Diese belgischen Gegenmaßnahmen würden bald in Kraft treten.

Die Kammer stimmte der Erklärung des Ministerpräsidenten zu. Daß es sich hierbei nicht um leere Drohungen handelt, beweist folgende Meldung vom gleichen Tage:

Der Minister für Landwirtschaft, Handel und Industrie, Domingo, hat durch den Präsidenten der Republik eine Verordnung unterzeichnet lassen, durch die ein Höchstkontingent auf französische Einfuhrwaren festgesetzt wird. Bestimmend für diese Maßnahme ist die neue französische Kontingentierungspolitik, von der auch Spanien betroffen wird.

Es ist das alte Lied: ein Land fängt mit solchen Maßnahmen an und sofort reißen sich die andern an, wodurch nicht nur die erhoffte Wirkung aufgehoben wird, sondern die Ge-

samtschwierigkeiten sich noch häufen. Alle sehen wohl — u. a. hat dies vor kurzem erst der französische Ministerpräsident Laval ausgesprochen —, daß dies der verkehrteste Weg ist, der unter den obwaltenden Umständen gegangen werden kann, aber die Freiheit in der Wahl der Mittel ist dem Kapitalismus längst genommen.

Internationale Aktion der Agrarstaaten

Einer der wichtigsten Beschlüsse der Konferenz des Blocks der östlichen und südöstlichen Agrarstaaten, die vor einigen Tagen in Sofia beendet wurde, ist nach einer Erklärung der „Gazeta Polska“ zunächst der Beschluß,

in nächster Zukunft eine internationale Aktion aller in Betracht kommenden Staaten ins Leben zu rufen.

Sie soll den Zweck haben, mit vereinten Kräften die gemeinsamen Interessen zu wahren. Hierbei hätten die Agrarstaaten, die bereits in dem genannten Block zusammengeschlossen seien, die Aufgabe, darauf zu achten, daß auf der kommenden internationalen Wirtschaftskonferenz die Interessen der Agrarstaaten in demselben Maße berücksichtigt würden, wie die Interessen der industriellen und reicheren Staaten. Als wichtigste Aufgabe stehe die Zusammenfassung und Organisation der landwirtschaftlichen Anforderungen mit Hilfe einer internationalen Verständigung der Exporteure im Vordergrund. Die Konferenz hat vor allen Dingen eine Verständigung über die Ausfuhr von Gerste, Mais, Hopfen, Butter, Eier, Holz, Malz und dergleichen mehr vorgeschlagen. Nach Meinung des Blattes besteht eine berechnete Hoffnung, daß schon in nächster Zeit mit einer Verwirklichung zu rechnen ist.

*

Die Meldung verdient aus mehreren Gründen Beachtung. Einmal rückt sie die große Angst der Agrarstaaten ins Licht, daß die machtvolleren Industriestaaten, um für sich selbst die Krisenwirkungen nach Möglichkeit abzumildern, die Interessen der Agrarstaaten mit Füßen treten, und zum andern läßt sie erkennen, wie sehr die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen die politischen Gegensätzlichkeiten auflösen und so die Voraussetzung für eine völlig neue politische Konstellation in Europa schaffen. Soweit sind im Augenblick die Dinge freilich noch nicht gediehen, aber die unablässigen Bemühungen, die Agrarstaaten Europas zu einem Block zusammenzuschließen, weisen deutlich in diese Richtung.

Was ist Waffenmißbrauch im Klassenstaat?

Berlin, 23. Dezember.

Von einer Berliner Strafkammer war ein Kommunist aus Paragraph 3 Abs. 1 der Waffenmißbrauchverordnung vom 25. Juli 1930 und aus Paragraph 15 des Schußwaffengesetzes verurteilt worden, weil er einen geladenen Trommelrevolver bei sich trug, als er mit seinem Freunde über die Straße ging und damit an einem öffentlichen Orte erschien, um sich zu einer in einer Gastwirtschaft stattfindenden Versammlung der Kommunistischen Jugend, also einer politischen Versammlung zu begeben.

Der Dritte Strafsenat beim Reichsgericht hat das Urteil, insoweit Verurteilung wegen Vergehens gegen die Waffenmißbrauchverordnung erfolgte, aufgehoben, weil eine solche Verurteilung rechtlich bedenklich sei. Nach dem Gesetz müsse der Bewaffnete gemeinsam mit anderen erscheinen. Das Erscheinen von zwei jungen Leuten genüge dazu nicht. Denn die Waffenmißbrauchverordnung gehe offenbar dahin, das bandenmäßige Auftreten Bewaffneter als besonders verwerflichen Auswuchs im politischen Kampf der Zeit mittels Strafzwanges zu unterdrücken. Diese Auffassung werde noch bestätigt durch die amtliche Begründung zum Entwurf der Waffenmißbrauchverordnung, in der es heiße, daß der Zweck des Gesetzes wirksame Bekämpfung des bewaffneten politischen Bandentums wäre. Dadurch ergebe sich, daß der Tatbestand zu einer Verurteilung nur dann erfüllt sei, wenn außer dem bewaffneten Täter noch mindestens zwei Personen zu politischen Zwecken erschienen wären.

Auch das gemeinsame Auftreten mehrerer als sichtbare Äußerung politischen Willens oder politischer Gesinnung sei hier nicht gegeben, da der Bewaffnete nur von seinem Freunde begleitet gewesen sei, was nicht darauf hindeute, daß dieses gemeinsame Auftreten als politische Kundgebung anzusehen wäre. Dagegen sei eine Verurteilung nicht zu beanstanden, wenn der Versammlungsraum, an dem der Bewaffnete sich begab, ein öffentlicher Ort gewesen wäre. Aber auch einem dem unbeschränkten Verkehr eröffneten Gastwirtschaftsraum könne der Charakter der Öffentlichkeit dadurch entzogen werden, daß Vorkehrungen getroffen seien, durch die der Zutritt für ganz bestimmte Personen beschränkt wäre. Das habe aber die Strafkammer nicht ausreichend genug festgestellt. Wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz habe der Bewaffnete selbstverständlich verurteilt werden müssen, weil er sich auf offener Straße im Besitz einer geladenen Schußwaffe befunden habe.

Nur die Nazis, die mit Revolvern bewaffnet, bandenmäßig auftreten, die findet keine Polizei und kein Gericht verurteilt sie!

Der tägliche Lohnabbau

Im Aachener Steinkohlenbergbau

In dem am Montag vor dem Schlichter für das Rheinland in Köln stattgefundenen Verhandlungen wurden die Löhne für die Arbeiter des Aachener Steinkohlenbergbaues um 10 vH und die Gehälter der Angestellten um 15 vH gesenkt.

Das ist eine frohe Botschaft! Molotoffs Schlußrede.

Moskau, 26. Dezember.

In seinem Schlußwort auf der Tagung des Zentralkomitees der UdSSR wies Molotoff darauf hin, daß alle Redner die vom Volkskommissariat vorgelegten Kontrollziffern für 1932 einmütig gebilligt hätten. Das beweise, daß der Plan des Wirtschaftsaufbaues für das nächste Jahr richtig aufgestellt worden sei. Die Entwicklung der Sowjetunion illustrierten hinreichend einige Ziffern des Planes für 1932: Für den Aufbau der Industrie würden 10.700 Millionen Rubel investiert, für die Landwirtschaft 4.360 Millionen, für das Verkehrswesen 3.330 Millionen. Für Bildungswesen, Gesundheitsschutz, Ausbildung der Kadern und die Förderung der Wissenschaften in der Sowjetunion und den Republiken seien zusammen 9.200 Millionen Rubel vorgesehen. Ferner verlas Molotoff ein Verzeichnis der wichtigsten Werke, die 1932 in Betrieb genommen würden, darunter eine Reihe von Hüttenwerken, chemischen Werken, eine Maschinenbau- und Waggonfabrik, eine Röhrengießerei und ein Wasserkraftwerk. Der Belieferung der Werkstätten schenke die Regierung größte Aufmerksamkeit. Im nächsten Jahre würden 92 neue Betriebe der Nahrungsmittelindustrie eröffnet werden, darunter 18 große Mühlen, 14 Fleischwarenfabriken, 23 Konservenfabriken und 2 Zuckerfabriken.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: W. H. Schöbe (für Inserate: Johannes Hoffmann). Verlag: Siegel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„S.A.Z. Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kuppergraben E 2 2004
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kuppergraben E 2 2005.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen RM 2.10 und RM - 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM - 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.
Inseratpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Siegel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postbelegkonto: Berlin NW 7, Nr. 132 925.